

Sperrfrist: 12.5.2004, 15.15 Uhr

Sieben Räume zur Schaffung leistungsfähiger Gemeinden definiert

Die meisten Schaffhauser Gemeinden sind zu klein, um die immer anspruchsvoller werdenden Gemeindeaufgaben autonom und wirtschaftlich erfüllen und finanzieren zu können. Sie sind auch zu klein, um sich allein im Wettbewerb mit den Zürcher und Thurgauer Gemeinden als Wohn- und Unternehmensstandorte behaupten und um nachhaltig wachsen zu können. Zu diesem Schluss kommt der aus Kantons- und Gemeindevertretern zusammengesetzte Steuerungsausschuss des Reformvorhabens «sh.auf». Er ist der Überzeugung, dass der Kanton, die Stadt und die Landgemeinden nur durch eine Neugestaltung der territorialen Strukturen konkurrenz- und leistungsfähiger werden können. Aufgrund der geografischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten hat der Steuerungsausschuss sieben Regionen definiert, in denen sich Gemeinden in den nächsten Jahren zu grösseren, leistungsfähigen Gemeinden zusammenschliessen sollen.

Wachsende Verschuldung, fehlende Investitionen, zu tiefe Steuereinnahmen, hohe Bildungs- und Soziallasten, Abwanderung und Überalterung, Überforderung und Wechsel in der Behörde, eingeschränkte Gemeindeautonomie: Die meisten Gemeinden im Kanton Schaffhausen verfügen heute über gar keine oder nur noch ungenügende Entwicklungsperspektiven. Insgesamt geraten die Gemeinden und der Kanton als Ganzes im Vergleich zu anderen Regionen im Wirtschaftsraum Zürich immer mehr ins Hintertreffen. Die Mehrheit der Schaffhauser Gemeinderäte erachtet denn auch Massnahmen zur Stärkung als absolut unumgänglich. Aus Sicht des «sh.auf»-Steuerungsausschusses kann diese Stärkung nur erreicht werden, indem einerseits die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden klarer strukturiert wird. Andererseits erscheint es unumgänglich, dass sich grössere Gemeinden wie beispielsweise Neunkirch und Hallau, Beringen, Thayngen oder Stein am Rhein mit den jeweils umliegenden Gemeinden zusammenschliessen. Solche leistungsfähige Gemeinden müssen sich weitmöglichst aus eigener Kraft nachhaltig entwickeln können – wirtschaftlich und bevölkerungsmässig. Sie müssen eine kulturelle, wirtschaftliche und geografische Einheit bilden, über ein gutes Entwicklungspotential und Entscheidungsspielräume für die Behörden und den Souverän sowie über ein gutes Dienstleistungs- und Infrastrukturangebot verfügen. «Der Kanton, die Stadt und alle Landgemeinden gemeinsam müssen einen substantiellen Beitrag leisten, um die Region

Schaffhausen wieder konkurrenzfähig zu machen», so Regierungspräsident Erhard Meister, der zugleich Leiter des «sh.auf»-Steuerungsausschusses ist. «Ich bin mir bewusst, dass dies schmerzhaft Veränderungen mit sich bringt. Gleichzeitig bin ich der festen Überzeugung, dass der aufgezeichnete Weg neues Entwicklungspotential bringen wird», so Meister.

Erhebliches Synergiepotential

Die Voraussetzungen für eine Entwicklung in die geschilderte Richtung sind gegeben. Im Rahmen der Projekte zur Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden wurde festgestellt, dass sich vor allem durch einen Ausbau der gemeindeübergreifenden Aufgabenerfüllung Einsparungen und Angebotsverbesserungen realisieren lassen. Fasst man auch die Ergebnisse aus den Grundlagenberichten von «sh.auf» zur Gemeindestruktur zusammen, zeigt sich deutlich, dass die Bildung leistungsfähiger Gemeinden diverse Vorteile bringt. Das Synergiepotential ist erheblich. In der untersuchten Modellregion SWUK beispielsweise (sechs Gemeinden im unteren Klettgau mit 6'000 Einwohnern) wird bei einem Zusammenschluss mit einem Synergiepotential in der Grössenordnung von bis 16 Steuerprozent gerechnet. Vom Optimierungspotential in einem grösseren Verbund würden alle profitieren. Die leistungsfähigeren Gemeinden könnten sich zu eigentlichen Regionalzentren entwickeln und ihre Wirtschaftskraft zusätzlich steigern. Die Bevölkerung könnte weiterhin von einem guten Service Public, von der tiefen Steuerbelastung und je nach Situation von weiteren Entlastungen profitieren. In den schwächeren Gemeinden kann mit Steuerfussenkungen bis 20 Prozent und einem verstärkten Bevölkerungswachstum gerechnet werden, was sich langfristig positiv auf das lokale Infrastrukturanangebot und das kulturelle Leben auswirken wird.

Vor diesem Hintergrund hat der Steuerungsausschuss mögliche Räume definiert, in denen sich Gemeinden in den nächsten Jahren zu einem grösseren Verbund zusammenschliessen sollen. Diese Räume sind, neben Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall, der untere und obere Klettgau, Thayngen-Reiat sowie der obere und der untere Kantonsteil. Der Auftrag zur Schaffung leistungsfähiger Gemeinden soll nach Ansicht einer Mehrheit des Steuerungsausschusses durch eine neue Verfassungsbestimmung erteilt werden. Dabei würde den Gemeinden eine Übergangsfrist von 10 Jahren eingeräumt, innerhalb derer sie sich im neuen grösseren Verbund finden müssten. Optional sollen die Gemeinden als Übergangslösung eine Regionalstruktur bilden können. Dabei würde ein Regionalrat

geschaffen, der verbindliche Entscheide in Bereichen trifft, die ihm anstelle der Gemeinde zum Entscheid zugewiesen werden.

Bereitschaft für weitere Abklärungen ist vorhanden

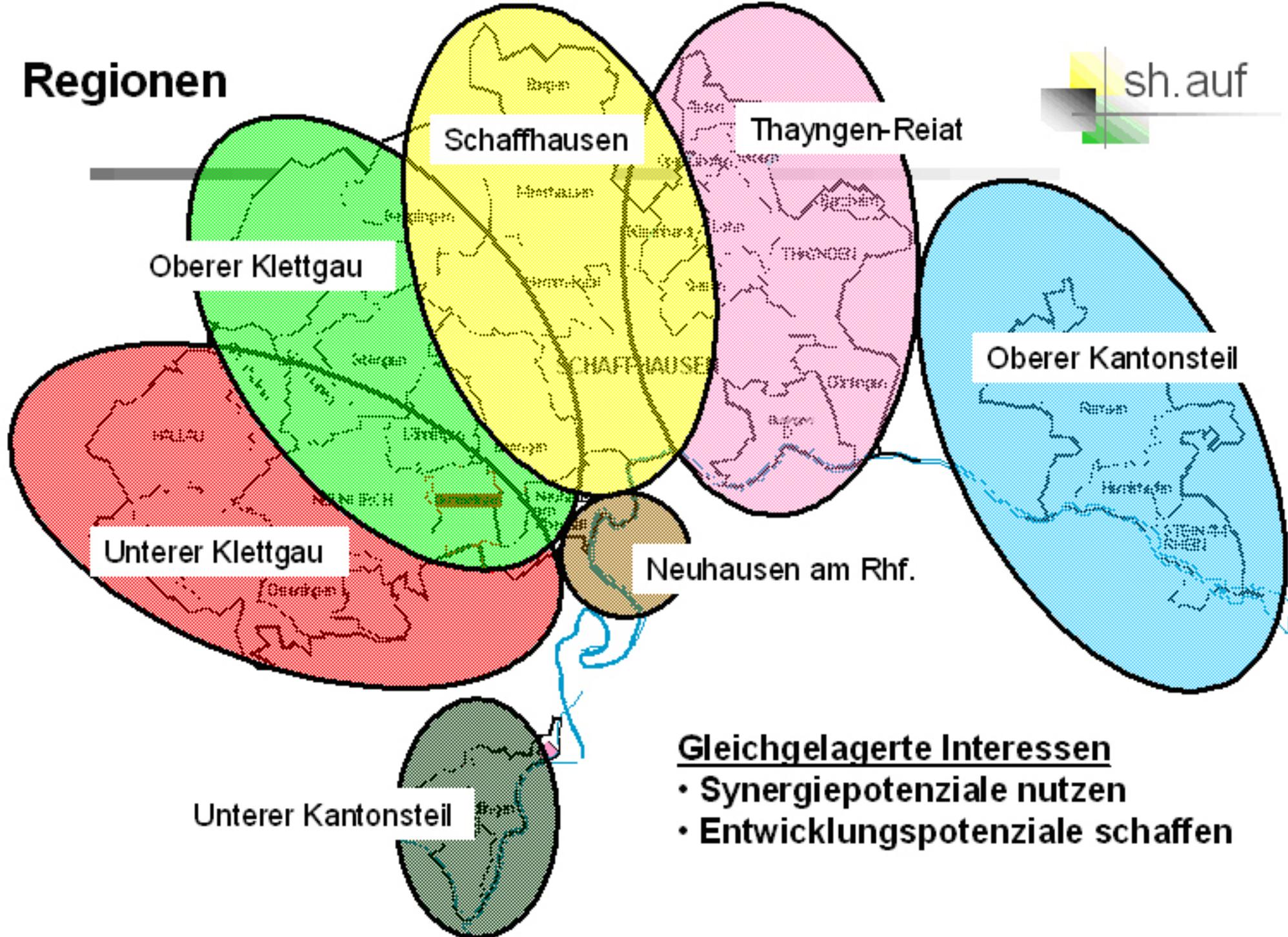
Bei den Bürgerinnen und Bürgern im Kanton Schaffhausen ist die Bereitschaft zur Abklärung weitergehender Zusammenarbeitsformen offenbar durchaus vorhanden. Trotz bereits sehr intensiver Kooperation haben die Stimmberechtigten von 12 Schaffhauser Gemeinden im Laufe der Amtsperiode 2001–2004 Beschlüsse über die Abklärung weitergehender Zusammenarbeitsformen, die Aufnahme von Verhandlungen über einen Gemeindezusammenschluss oder – wie Barzheim und Thayngen – über einen definitiven Zusammenschluss gefasst. In allen diesen insgesamt 21 Abstimmungen an der Gemeindeversammlung oder an der Urne haben die Stimmberechtigten diese Vorhaben mit Ja-Mehrheiten von 70 oder mehr Prozent unterstützt. Dies zeigt, dass die Einwohnerschaft den bestehenden Zustand einer Überprüfung unterziehen will.

Basierend auf diesen Vorgaben wird nun in einem nächsten Schritt – parallel zu einer Vorlage zur Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung – eine Orientierungsvorlage zur Struktur- und Verwaltungsreform ausgearbeitet. Diese wird dem Steuerungsausschuss Ende Juni zur Genehmigung und anschliessend den Gemeinden und politischen Parteien zur Vernehmlassung vorgelegt werden.

«Es kann in diesem Kanton nicht weitergehen wie bisher, darin sind sich alle einig», so Erhard Meister. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, im Dialog mit allen politischen Verantwortlichen und vor allem mit der Bevölkerung zu erfahren, ob die Bereitschaft für tiefgreifende Veränderungen vorhanden sei. «Wir müssen uns vor Augen halten, dass wir mit der Beibehaltung des Status quo die Probleme nur weiter anwachsen lassen. Wir sind alle gefordert, die anstehenden Probleme solidarisch zu lösen und dafür zu sorgen, dass der Kanton, die Stadt und die Gemeinden im Wettbewerb mit anderen Regionen erfolgreich bestehen können», so Meister abschliessend.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte direkt an den Leiter des Steuerungsausschusses «sh.auf», Regierungspräsident Erhard Meister, Tel.: 052-632 73 80, mail: erhard.meister@ktsh.ch

Regionen



Gleichgelagerte Interessen

- Synergiepotenziale nutzen
- Entwicklungspotenziale schaffen